

Urabstimmung für Streik

Ohne Rücksicht auf Verluste will die Geschäftsleitung des Wiesbadener Automobilzulieferers Federal-Mogul die Finanzkrise nutzen und 436 Beschäftigte auf die Straße setzen. Doch die Metallerrinnen und Metaller sind nicht länger bereit, den Buckel hinzuhalten und wollen sich mit einem Sozialtarifvertrag absichern: Im Wiesbadener Werk läuft die Urabstimmung für einen Streik.

»Monatelang haben wir versucht, die Geschäftsleitung von ihren Kahlschlag-Plänen abzubringen und sie für einen sozialverträglichen Kurs zu gewinnen«, beschreibt Betriebsratsvorsitzender Alfred Matejka die wiederholten Versuche des Betriebsrats, Kompromisse zu erzielen.

Beispielsweise hätte die Geschäftsführung die Möglichkeit, auf die von der Bundesregierung erleichterte Kurzarbeit zurückzugreifen. Auf diese Weise ließen sich die aktuellen Engpässe bei der Nachfrage weitgehend

den geplanten Entlassungen gezeigt. »Diese mangelnde Verhandlungsbereitschaft trotz vorhandener Alternativen ist ein Skandal«, klagt der Erste Bevollmächtigte der Wiesbadener IG Metall, Michael Erhardt, an.

Nachdem ein Warnstreik im April ohne Wirkung blieb, machen Betriebsrat und IG Metall jetzt ernst und organisieren die Urabstimmung für einen Streik. Michael Erhardt: »Die IG Metall ist im Betrieb stark genug für einen Streik.«

Mit dem Arbeitskampf wollen die Metallerrinnen und



Urabstimmung am 4. Mai in der Stielstraße 17

Fahrplan:

Urabstimmung: 4./5. Mai 2009

Streikbeginn: 6. Mai 2009, 6.00 Uhr

kompensieren, Kündigungen könnten vermieden werden. Die Beschäftigten hätten dabei sogar die Chance, sich weiterzuqualifizieren. Das käme auch dem Betrieb zugute.

Doch die Geschäftsleitung hat sich bisher so gut wie nicht bewegt und wenig Interesse an Alternativen zu

Metaller einen Sozialtarifvertrag erkämpfen. Er ist die Antwort auf die jahrelange Strategie von Federal-Mogul, den Standort systematisch auszubluten, und soll gekündigte Beschäftigte über einen finanziellen Ausgleich absichern. »Unsere Leute haben jahrelang hohe Gewinne für Federal-Mogul

erarbeitet«, sagt Betriebsratsvorsitzender Matejka, »sie dürfen nicht ohne Absicherung abgeschoben werden.« Die Federal-Mogul-Chefs sähen sie wohl lieber auf Hartz IV. Den Federal-Mogul-Chefs scheint das egal zu sein.

Die zentralen Inhalte des von den Beschäftigten und der IG Metall geforderten

Sozialtarifvertrages sind:
– ein Grundbetrag in Höhe von zwei Bruttomonatsgehältern je Beschäftigungsjahr, maximal 350.000 Euro, – außerdem 5.000 Euro Kinderzuschlag je Kind.

Bei Redaktionsschluss lag das Ergebnis der Urabstimmung noch nicht vor.

Stationen eines Arbeitskampfes: Hinhalten, abwarten, aussitzen

1. Schon im Sommer 2008 ließ Federal-Mogul 166 befristete Stellen in Wiesbaden auslaufen. Der Betriebsrat widersprach dem Personalabbau jedoch und rief die tarifliche Schlichtungsstelle an, um eine Arbeitszeitverkürzung nach dem Tarifvertrag Beschäftigungssicherung durchzusetzen.

2. Zu einer Entscheidung der Schlichtungsstelle kam es jedoch nicht: Im Oktober legte Federal-Mogul nämlich nach und kündigte an, 250 bis 290 Beschäftigten entlassen zu wollen. Schon Ende Oktober sprach die Geschäftsleitung von 400 Entlassungen. Am 13. Januar korrigierte Federal-Mogul diese Zahl auf 436. In der Summe würde damit ein Drittel der Beschäftigten entlassen.

3. Am 3. Februar schrieb Michael Erhardt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Wiesbaden-Limburg, an den Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. »Sie haben sich in der jüngeren Vergangenheit immer wieder dafür ausgesprochen, dass die Wirtschaft

den aktuellen Nachfrage-rückgang mit Überbrückungsinstrumenten begegnet«, heißt es darin. Viele Arbeitgeber hielten sich auch daran – »leider nicht Federal-Mogul ... Wir bitten Sie als Ministerpräsident, vermittelnd tätig zu werden«. Bei einem Gespräch mit Herrn Staatsminister Dr. Grüttner warb auch die Landesregierung für Überbrückungsinstrumente.

4. Mitte Februar 2009 erklärte die Geschäftsführung die Verhandlungen für einen Interessenausgleich für

gescheitert. Die Einigungsstelle beim Arbeitsgericht wurde angerufen. Sie konnte erst am 27. April tätig werden.

5. Durch das Urteil des Arbeitsgerichts gewannen die Beschäftigten Zeit: Die Richter verdonnerten Federal-Mogul nämlich, bis zum 17. April 2009 weiter über einen Interessenausgleich zu verhandeln. Das tat die Geschäftsführung dann auch alle drei bis vier Tage - allerdings nur formal. In der Sache blieb sie stur und zeigte keinerlei Kompro-

missbereitschaft. Alle Vorschläge des Betriebsrats, arbeitsmarkt- oder sozialpolitische Möglichkeiten, wie Kurzarbeit und Qualifizierung zu ergreifen, wurden als »nicht finanzierbar« abgelehnt.

6. Am 1. April 2009 wählten die Metallerinnen und Metaller bei Federal-Mogul während einer Mitgliederversammlung eine Tarifkommission und beschlossen ihre Forderung nach einem Sozialtarifvertrag. Die IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt reichte die Forderung an den Arbeitgeberverband »HESSENMETALL« und die Federal-Mogul-Geschäftsleitung zusammen mit Terminvorschlägen weiter. Alle Vorschläge wurden abgelehnt, zuletzt am 17. April 2009.

7. Da weder Federal-Mogul noch »HESSENMETALL« an Verhandlungen interessiert waren, beantragte die Tarifkommission beim Vorstand der IG Metall, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und die Genehmigung zur Urabstimmung für einen Streik.

Vor sechs Jahren: Hubschraubereinsatz bei Federal-Mogul in Dresden

Schon einmal hat Federal-Mogul für traurige Schlagzeilen gesorgt: Das war im Jahre 2003. Damals streikten die Beschäftigten in den Metall- und Elektrobetrieben Sachsens für die Angleichung ihrer Arbeitszeiten an West-Niveau. Federal-Mogul in Dresden gehörte zu den Streikbetrieben. Doch gleich zu Beginn des Arbeitskampfes hat die Geschäftsleitung dem Arbeitgeberverband der sächsischen Metallindustrie den Rücken gekehrt, dann Streikbrecher in den Betrieb eingeschleust. Weil die Streikposten Widerstand leisteten, ließ die Geschäftsleitung ihre Leute mit Helikoptern auf das Firmengelände einfliegen. Deutlicher lässt sich die Missachtung der Beschäftigten kaum dokumentieren.



Warnstreik und Probeabstimmung am Dienstag, 21. April



Warnstreikversammlung am Dienstag, 21. April

Michael Erhardt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Wiesbaden-Limburg Konzept gegen die Beschäftigten

»Wie kann es sein, dass eine Geschäftsleitung Vorschläge ablehnt, deren Verwirklichung massenweise Kündigungen verhindern könnten? Genau das haben sich die Wiesbadener Federal-Mogul-Chefs geleistet und werden nun die Antwort von kämpfenden Metallern erhalten. Im Grunde beweist die Verweigerungshaltung der Geschäftsleitung nur, wie überfordert sie in der Krise ist. Sie lässt weder betriebswirtschaftliche noch sozialpolitische Vernunft erkennen. Sie will abwarten, verhandeln, aussitzen – und am Ende dann doch ihren Personalabbau auf dem Rücken der Beschäftigten durchziehen. Bundesweit sollen 1000 Stellen abgebaut werden, fast die Hälfte davon in Wiesbaden.



Michael Erhardt

Sicher spielt dabei auch eine Rolle, dass die Konzernspitze in den USA bei Federal-Mogul die Zügel in der Hand hält und ihren Wiesbadener Vasallen wenig Spielräume lässt. Die Firmenbosse wollen ein Exempel statuieren und die Personalkosten in Wiesbaden auf Teufel komm raus senken. In der Vergan-

genheit haben sie das schon nicht geschafft, jetzt kommt ihnen die Finanz- und Wirtschaftskrise gerade recht. Dabei hat der geplante Personalabbau nur wenig mit der aktuellen Wirtschaftskrise zu tun. Er ist Teil des unternehmerischen Federal-Mogul-Konzepts. Nur so ist zu verstehen, dass die Wiesbadener Geschäftsführung es ablehnt, die zweifellos vorhandenen Mittel zur Beschäftigungssicherung einzusetzen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht gibt es jedenfalls keine Argumente, Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit abzulehnen. Oder wollen die Drahtzieher bei Federal-Mogul einfach nur eine alte Rechnung begleichen? Vor drei Jahren haben sie es nämlich nicht geschafft, am Standort

Wiesbaden längere Arbeitszeiten durchzudrücken. Geschäftsführer Friedel Martini ist am Widerstand der Belegschaft gescheitert und musste wenig später seinen Hut nehmen. Diese Erfahrung hilft unseren Metallern und Metallern sicher auch dieses Mal. Sie wissen, dass sie am längeren Hebel sitzen und sich auf die IG Metall verlassen können. Daher bin ich mir ganz sicher, dass die Streikreihen bei Federal-Mogul fest geschlossen sind und am Ende ein tragbares Ergebnis stehen wird.

Mit kämpferischen Grüßen

**Euer
Michael Erhardt
Erster Bevollmächtigter
der IG Metall
Wiesbaden-Limburg**

Widerstand ist angesagt: Gegen Entlassungen

Die Forderungen der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main an Politik und Wirtschaft zum Ausweg aus der Krise:

Wir wollen gute Arbeit, Löhne zum Leben, soziale Gerechtigkeit, Perspektiven für die Jugend und ein Alter ohne Not!

Wir wollen

- **Mitbestimmung und gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft**
- **Regulierte Finanzmärkte und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**
- **Investitionen in Bildung, zukunftsfähige Technologien und ökologischen Umbau**
- **Arbeit für alle bei fairem Lohn und Renten zum Leben**
- **Absicherung und Ausbau des Sozialstaates**
- **..., dass die Verursacher der Krise aus Wirtschaft und Politik die Kosten tragen**

Frankfurt am Main, 1. Mai 2009

Bisher wurden die Forderungen der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main unterzeichnet von: Jean Francois Ameloot, Prof. Dr. Heinz Bierbaum, Peter-Martin Cox, Thomas Dauenhauer, Volker Diefenbach, Prof. Dr. Klaus Dörre, Michael Erhardt, Harald Fiedler, Pfr. Esther Gebhardt, Marion Guthmann, Karl-Rudolf Hauff, Stefan Heinemann, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Eckart Hohmann, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Carsten Klautky, Jan Lamprecht, Michael Leschnik, Wolfgang Link, Manfred Mahle, Andrea März, Karl-Heinz Michel, Friederike Poppe, Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Simon Rottloff, Harald Schaum, Bernd Scherf, Günther Schmidt, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Hans-Jürgen Urban, Thomas Wissgott, Prof. Dr. Karl Georg Zinn **Unterstützt mit eurer Unterschrift die Forderungen der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main!**

**Kommt mit zur
Demonstration am
16. Mai nach Berlin**

**Mit dem DGB-Bus von
Wiesbaden nach Berlin**

Samstag, 16. Mai 2009
um 04:00 Uhr
von **Hauptbahnhof Wiesbaden,
Busbahnhof(Hinter der Aral-Tankstelle)**
Beginn der Demonstration ab 11:30 Uhr
Berlin-Hauptbahnhof
Kundgebung ab 14.00 Uhr an der Siegestsäule

Anmeldung:
Unter Angabe von Vorname, Name, Wohnort, Telefon
an das DGB-Büro Wiesbaden, wiesbaden@dgb.de,
Fax: 0611-400171, Bahnhofstraße 26, 65185 Wiesbaden,
Telefon: 0611-401052

Karten-Telefon 0611 99964-0



**Mit dem DGB-Bus von
Limburg nach Berlin**

Samstag, 16. Mai 2009
um 04:00 Uhr
von **Limburg-ICE Bahnhof**
um 04.15 Uhr
von **Beselich Parkplatz ARAL**

Beginn der Demonstration ab 11:30 Uhr
Berlin-Hauptbahnhof
Kundgebung ab 14.00 Uhr an der Siegestsäule

Anmeldung unter Angabe von Vorname, Name, Wohnort,
Telefon: verdi-limburg@gmx.de oder Fax: 06431-284233
oder ver.di Ortsverein Limburg/Weilburg, Westerwaldstr. 111-
113, 65549 Limburg, Telefon: 06431/284455